

## **Resolution des Protestkomitees gegen das Universitätsgesetz 2002 und des Präsidiums der UniversitätslehrerInnenvereinigung an der Universität Innsbruck**

Das oben genannte Komitee, in dem Repräsentanten aller Gruppen an der Universität vertreten sind, und das Präsidium des ULV Innsbruck haben heute in einer gemeinsamen Sitzung folgende Erklärung beschlossen.

Wir fordern einen **sofortigen Stopp für die Umsetzung des Universitätsgesetzes 2002**. Damit schließen wir uns einer Forderung an, die bereits von mehreren Seiten erhoben wurde, und unterstützen die gemeinsame Erklärung der Bundeskonferenz des Wissenschaftlichen Personals (BUKO), der Bundessektion Hochschullehrer in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst sowie der Österreichischen HochschülerInnenschaft und des UniversitätslehrerInnenverbands auf gesamtösterreichischer Ebene.

Die dort gegebene Begründung (fehlende Mittel für die Implementierung, Verfassungsbedenken, Abtrennung der Medizin gegen den erklärten Willen der Universitäten, undemokratische und diskriminierende Strukturen mit dementsprechender Wahlordnung, vgl. die beiliegende Aussendung) unterstreichen wir vollinhaltlich.

Mit der Ausschreibung der Neuwahl zum Nationalrat hat sich die politische Situation geändert. So haben die beiden Oppositionsparteien angekündigt, daß sie im Falle ihrer Regierungsbeteiligung das Gesetz nicht in der vorliegenden Form durchführen wollen.

Wir fordern daher die Innsbrucker Universitätsleitung, insbesondere den Herrn Rektor und die Vizerektoren, auf, ebenfalls für den Implementierungsstopp einzutreten und keine voreiligen Schritte zur Umsetzung des UG 2002 zu unternehmen. Wir appellieren an alle Universitätsangehörigen, sich bis zur Klärung der politischen Fragen nicht für die Umsetzung des Gesetzes zur Verfügung zu stellen.

Im Gegensatz zur Regierungspropaganda sei im übrigen öffentlich festgehalten, daß sich auch in Innsbruck bereits die negativen Folgen des neuen Dienstrechts und des Universitätsgesetzes zeigen: Bei der Nachbesetzung ausgeschriebener Dienstposten treten Probleme auf, und die Frustration des entrechteten Mittelbaus äußert sich in serienweisen Rücktritten von Studienkommissions-Vorsitzenden. Mit weiteren Folgen und Reaktionen ist zu rechnen.

Innsbruck, am 30.9.2002

Für das ULV-Präsidium: Günther Lorenz

Für das Protestkomitee: Wolfgang Meixner

Beilage: Aussendung von BUKO, Gewerkschaft, ÖH, ULV



## **Aufschub des UG2002: Ein Schritt der Vernunft**

**Das UG2002 wurde gegen den Widerstand der unterzeichnenden Institutionen, die die überragende Mehrheit der Universitätsangehörigen repräsentieren und gegen die Stimmen der Oppositionsparteien im Parlament beschlossen.**

Die Implementierung des Gesetzes setzt eine Wahlordnung zum Gründungskonvent voraus. Dieser Gründungskonvent stellt die Weichen für die Zukunft der Universitäten, indem er die Universitätsräte, die Rektoren und die Satzungen bestimmt. Der derzeit vorliegende Entwurf dieser Wahlordnung ist undemokratisch und undurchführbar und dient offensichtlich nur dazu, die Umsetzung des UG2002 unter allen Umständen einzuleiten, noch bevor eine neue Regierung ins Amt kommt.

Es liegen jedoch gravierende sachliche Argumente vor, den Prozess der Umsetzung des UG2002 aufzuschieben.

- (i) Die Fortschreibung des Budgets 2002 sieht keine Mittel für die Implementierung vor, obwohl solche schon 2003 anfallen, da unverzüglich administrative Schritte eingeleitet und vorbereitet werden müssen.
- (ii) Das UG2002 verletzt Verfassungsbestimmungen, daher wurde eine Verfassungsklage angekündigt.
- (iii) Die Errichtung von Strukturen wie den Medizinischen Universitäten wurde von allen universitätspolitischen Institutionen abgelehnt. Dieser Sonderweg des österreichischen Universitätssystems ist auch international umstritten. Es sollte der neuen Regierung Gelegenheit gegeben werden, diesen Schritt neu zu überdenken und die kritischen Argumente zu berücksichtigen.
- (iv) Die undemokratischen Strukturen des UG2002 werden von allen unterzeichnenden Organisationen abgelehnt. Die Wahlordnung ist in gleicher Weise undemokratisch und diskriminierend.

Daher richten wir an alle wahlwerbenden Parteien die Forderung, sich für die Verschiebung der Implementierung einzusetzen.

Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (BUKO)  
Bundessektion Hochschullehrer - Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
Österreichische HochschülerInnenschaft  
UniversitätslehrerInnenverband

Wien, 2002 09 24  
A-94-20/82-2002